



Landesausschuss 2022

Erfurter Erklärung

SOLIDARITÄT UND DASEINSVORSORGE STÄRKEN – VERTRAUEN, ZUSAMMENHALT UND DEMOKRATIE IN KRISENZEITEN

*Verabschiedet durch den Landesausschuss der AWO Thüringen
am 5. November 2022*

Die Entwicklungen der letzten Wochen und Monate haben große Herausforderungen für die Welt, Europa und Thüringen gebracht:

- ein Krieg, der eine der größten Flüchtlingsbewegungen in Europa seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges auslöste,
- ein Dürre- und Hitzesommer, welcher die Auswirkungen der Klimakrise vor aller Augen führte,
- die Verknappung der Gasversorgung und damit verbundene Preissteigerungen für Energie- und Lebensmittelkosten,
- Kostensteigerungen, die unzählige Haushalte, insbesondere einkommensschwache Menschen, Kinder, Alte und Familien in Existenznöte bringen,
- drückende Finanzierungsfragen unserer sozialen Einrichtungen und Dienstleistungen,
- die Covid-19-Pandemie, die weiterhin unseren Alltag prägt

und nicht zuletzt

- steigende soziale Ungleichheiten, die sich zum Beispiel durch eine erhöhte Nachfrage in den AWO Beratungsstellen sowie den Tafeln zeigen, und eine gesellschaftliche Polarisierung, die sich in Thüringen auch mit Umfragewerten von 26 Prozent für die AfD deutlich wird. .

Diese Herausforderungen verdeutlichen uns gleichzeitig unsere Verantwortung als Wohlfahrtsverband, für Menschen da zu sein, Vertrauen zu schenken, Zusammenhalt zu stiften und gemeinsam mit allen demokratischen Kräften die vor uns liegenden Herausforderungen zu bewältigen.

Eines wird dabei unmissverständlich klar: Es braucht eine Politik des Zusammenhalts! Unsere bisherige Lebensweise scheint überholt und wird sich verändern müssen. Die ökologische Tragfähigkeit unserer Erde stößt an ihre Grenzen. Demokratie, Freiheit, Selbstbestimmung und Frieden sind keine Selbstverständlichkeiten, sondern Errungenschaften, die es zu bewahren gilt. All dies verlangt ein Umdenken in vielen Bereichen.

Als AWO sind wir gefragt, Menschen Orientierung und Vertrauen zu geben. Dies tun wir in den Orts- und Fördervereinen, aber auch als Arbeitgeber, Dienstleister sowie in unzähligen Anlaufstellen mit unserer Expertise, unseren Ressourcen und Strukturen und auch mit unseren Werten und Standpunkten.

Als dringendstes Problem muss die finanzielle Belastung und Verunsicherung der Menschen bewältigt werden. Die Lebenshaltungskosten für Wohnen, Lebensmittel, und Energieversorgung sind die unmittelbarsten Fragen der alltäglichen Daseinsvorsorge und müssen bezahlbar bleiben. Unser gesellschaftlicher Zusammenhalt hängt ganz wesentlich vom gleichberechtigten Zugang zu sozialer Teilhabe ab. Gleichzeitig ist auch die gesamte soziale Infrastruktur in Thüringen von den Preissteigerungen betroffen. Gerade in Krisenzeiten müssen jedoch Hilfsangebote und Dienstleistungen qualitativ und quantitativ gesichert sein.

Wir fordern daher schnelle politische Entscheidungen und entschlossenes Handeln!

KONKRET HEISST DAS:

- » Die aktuelle mehrdimensionale Krisensituation erfordert ein Sondervermögen für die Sicherung des Sozialstaats.
- » Die Maßnahmen der Entlastungspakete müssen in Thüringen schnell und unbürokratisch umgesetzt werden.
- » Der Energiepreis muss staatlich gedeckelt werden. Wir fordern eine wirkliche Energiepreisbremse und keine Einmalzahlung, welche mit Sparanreizen an den Lebensrealitäten vorbeigeht.

- » Es braucht eine schnelle, unkomplizierte und flächendeckende Informationsstrategie und Beratungsleistungen für alle Menschen in Thüringen.
- » Aufgrund der Krisenlage geraten mehr und mehr Menschen in schwierige Situationen und sind auf Hilfe und Beratungsleistungen angewiesen. Gerade jetzt benötigen soziale Einrichtungen und Beratungsstellen deshalb Stabilität und Kontinuität in ihrer Förderung.
- » Mehrkosten durch Preissteigerungen und Inflation für soziale Einrichtungen und Dienstleistungen müssen aufgefangen und ausgeglichen werden.
- » Nach der Pandemie zeigt auch die Energiekrise die Dringlichkeit zu einer Pflegereform erneut auf. Verhandlungen zu einer grundlegenden Pflegereform sind daher zwingend wiederaufzunehmen.
- » Die Finanzierung zuwendungsfinanzierter Bereiche muss bedarfsgerecht angepasst werden.
- » Wohnen als zentrales Grundbedürfnis muss jederzeit und vor allem in Krisenzeiten gesichert sein. Deshalb muss die Wohngeldberechtigung ausgeweitet und das Wohngeld in seiner Höhe entsprechend angepasst werden.
- » Haushalte und soziale Einrichtungen brauchen Förderprogramme zum Energiesparen. Eine Staffelung nach Einkommensstärke muss im Sinne einer Verteilungsgerechtigkeit berücksichtigt werden.
- » Eine kostenlose und niederschwellige Energieberatung für alle muss auf den Weg gebracht werden.
- » Kinder und Jugendliche waren nicht nur in der Pandemie besonders betroffen, sie sind auch in der aktuellen Krise eine besonders zu schützende Gruppe. Deshalb fordern wir für Thüringen einen „Runden Tisch Sozialwirtschaft“ mit einem Schwerpunkt Kinder- und Jugendhilfe.
- » Es muss sichergestellt werden, dass alle Angebote der Kinder- und Jugendhilfe dauerhaft mit hoher Qualität erhalten bleiben.
- » Durch Kriege, Krisen und Klimawandel wächst die Bedeutung der Migrationsberatungsstellen. Die stetigen Kämpfe um eine gesicherte Finanzierung schaden nicht nur den Hilfesuchenden, sondern auch den aktiven haupt- und ehrenamtlich Tätigen und damit dem Arbeitsfeld insgesamt. Wir fordern daher eine Regelfinanzierung für dieses Arbeitsfeld.
- » Staatliche und zivilgesellschaftliche Anlaufstellen und Strukturen dürfen nicht zulassen, dass Kategorien von Geflüchteten 1. und 2. Klasse entstehen. Geflüchtete müssen klare Zukunftsperspektiven erhalten.
- » Programme zur Förderung von Demokratie, Vielfalt, Bildung und politischer Teilhabe müssen gerade in Zeiten gesellschaftlicher Polarisierung gesichert werden.

Gemeinsam ist es unser Ziel, eine Vision für eine sozial gerechte, nachhaltige, demokratische und friedliche Zukunft zu entwickeln. In Thüringen bedeutet dies für uns auch, sich mit den mittel- und langfristigen Trends und Entwicklungen von Demografie, Bevölkerungsentwicklung, Daseinsvorsorge, Demokratieakzeptanz und Vielfaltsbewusstsein sowie gleichwertigen Lebensbedingungen in Stadt und ländlichen Regionen auseinanderzusetzen, Ziele zu formulieren und Strategien abzuleiten. Dafür laden wir zum gesellschaftlichen und politischen Dialog und Diskurs ein.

An erster Stelle stehen hierbei unsere AWO-Grundwerte Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Toleranz. Demonstrationsformen, die Hass und Hetze verbreiten, Mitmenschlichkeit verachten sowie demokratische Spielregeln und gegenseitigen Respekt mit Füßen treten, stellen wir uns klar entgegen. Dabei stimmt uns zuversichtlich, dass sich in den Städten, Dörfern und Gemeinden Thüringens viele Menschen couragiert zeigen, Verantwortung übernehmen und sich ehrenamtlich vor Ort in ihr Gemeinwesen einbringen.

In diesem Sinne werden wir auch zukünftig unseren Beitrag zu einer aktiven und starken Zivilgesellschaft leisten, Ehrenamt fördern und Gemeinwesen stärken. Dies ist unsere Verantwortung als Arbeiterwohlfahrt in Thüringen.



Landesverband Thüringen e. V.

AWO Landesverband Thüringen e. V.

Juri-Gagarin-Ring 160

99084 Erfurt

Telefon: 0361 21031-0

Fax: 0361 21031-149

landesverband@awo-thueringen.de

awothueringen.de

